

*Wenzel Jaksch — Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939—1943. Hrsg. von Friedrich Prinz.*

Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1973, brosch. DM 18,—.

Dieses vor einem Jahr in der Schriftenreihe der Wiesbadener Studiengesellschaft für mittel- und osteuropäische Partnerschaft erschienene Buch wurde sicherlich in den Reihen der früheren Mitglieder des Deutschen sozialdemokratischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) mit freudiger Erwartung begrüßt. Professor Dr. Friedrich Prinz (Saarbrücken) hat es dankenswerterweise übernommen, die für sich allein für den Nichtfachmann nur beschränkt aussagekräftigen Briefe und Memoranden der beiden Politiker, die plötzlich und leider zu den letzten Verhandlungsführern zwischen Tschechen und Deutschböhmen wurden, aufzubereiten und mit einer historischen Einführung zu versehen, die nicht nur den Rahmen für die Auseinandersetzung zwischen Jaksch und Beneš im Exil herstellt, sondern auch die wichtigsten Probleme dieser Auseinandersetzung herausarbeitet und aus der Sicht der sudetendeutschen Sozialdemokraten zusammenfaßt. Im Mittelpunkt der Dokumentation steht der Kampf Jakschs um eine tragbare Lösung der Probleme staatlichen Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen nach der Niederlage Hitlers — ein Kampf, der mit zunehmender Kriegsdauer zu einem erbitterten Ringen um Verbleib oder Austreibung der deutschen Bevölkerung in ihrer böhmisch-mährischen oder slowakischen Heimat wurde.

Wenzel Jaksch, Häuslerssohn aus dem Böhmerwald, ist in dieser Auseinandersetzung unterlegen. Weder die materiellen noch die politischen Ressourcen der kleinen sudetendeutschen sozialdemokratischen Exilgruppe reichten aus, dem gut finanzierten und von dem erfahrenen diplomatischen Taktiker Beneš geleiteten Apparat der tschechoslowakischen Auslandsregierung die Stirn zu bieten und jene für beide Völker Böhmens annehmbare staatsrechtliche Lösung abzutrotzen, die Jaksch mindestens seit seiner Wahl zum Vorsitzenden der DSAP in der Heimat zum primären Anliegen seiner Politik gemacht hatte.

Beneš hingegen — und dies laut Prinz nicht erst seit den späten dreißiger Jahren — wollte die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik. Man muß Friedrich Prinz zustimmen, wenn er feststellt, man könne „vielleicht über die Zweckmäßigkeit, den Erfolg und die Modalitäten von Massentransfers diskutieren, nur eines kann man nicht tun: Politikern [wie Beneš], die solche gewaltigen Zerstörungen der Sozialstruktur großer Gebiete gegen den Willen der dort ansässigen und nach Millionen zählenden Bevölkerung zu verantworten haben, die Bezeichnung ‚demokratisch‘ geben.“

Hier entsteht allerdings die Frage, ob es angesichts dieser negativen Grundhaltung der tschechoslowakischen Auslandsführung überhaupt einen Sinn hatte, während des Krieges eine Verhandlungslösung mit ihr zu suchen, ob Jaksch nicht besser gefahren wäre, wenn er sein Exilquartier in New York aufgeschlagen hätte (wie Ferdinand Seibt einmal fragte), oder ob Jaksch sich nicht eingedenk seiner in der Heimat guten Beziehungen zur tschechoslowakischen Führung aufgrund der besonderen Verhältnisse im Exil hätte zunächst für eine „bedingungslose“ Integration in den tschechoslowakischen Auslandskampf entscheiden sollen. Eine Antwort ist sicherlich nur schwer zu finden und wohl auch aus historischer Sicht nicht einmal angebracht. Tatsache ist, daß der Berufspolitiker Jaksch im Exil die für ihn allein logische politische Verhandlungslösung zu erreichen suchte, die ihm in der Heimat verwehrt geblieben war, und es sei dahingestellt, ob er mit einem anderen Rezept besser gefahren wäre. Der Erfolg der tschechoslowakischen Vertreibungspolitik beruhte nämlich bei Kriegsende weniger auf der Niederlage Jakschs in seinem ungleichen Kampf mit Dr. Beneš, als vielmehr auf der relativen Leichtigkeit, gegen das vom Hitlerismus diskreditierte deutsche Volk — und damit auch gegen die sudeutsche Bevölkerung — selbst weitgehende Gewaltlösungen durchzusetzen.

Diese Entwicklung des Transferproblems reduziert die Wägung der Frage, ob und inwieweit Jaksch einer Teilumsiedlung der deutschen Bevölkerung Böhmens und Mährens am Anfang seiner Unterredungen mit Dr. Beneš — als Preis für ein staatsrechtliches Abkommen oder für den Eintritt deutscher Vertreter in den Exil-Staatsrat — tatsächlich zugestimmt hat. Friedrich Prinz wertet diesbezügliche Initiativen Jakschs mit einiger Berechtigung als Versuche, „die tickende Zeitbombe des Aussiedlungsgedankens noch in einem Stadium zu entschärfen, wo sie relativ geringen Schaden anrichten konnte“. In dem Schriftwechsel ist auch in der Tat wenig enthalten, das zum Beweis eines möglichen Einverständnisses mit einer von Beneš geforderten Teilumsiedlung durch Jaksch herangezogen werden könnte; auf der anderen Seite beweisen die Briefe die äußerst sorgfältige Verhandlungstaktik des Exilpräsidenten, der oft mit Jaksch nur unter vier Augen sprach, kein Verhandlungsprotokoll führte, ja der selbst mit dramatischen Effekten zu operieren verstand, die Jaksch völlig fremd gewesen sein mußten. Die schriftliche Fixierung eines möglichen Einverständnisses beider Politiker über einen Teiltransfer ist sicherlich unterblieben, denn sonst hätte Beneš kaum auf die weitere Diskussion dieses Themas verzichtet — allerdings, wie Friedrich Prinz richtig feststellt, „in der leider zu-

treffenden Annahme, daß die Entwicklung des Krieges und seine zunehmende Brutalisierung eine immer radikalere ‚Endlösung‘ der sudetendeutschen Frage, das heißt schließlich den völligen Abschub, ermöglichen würde.“ Man könnte hinzusetzen, daß neueste Forschungen Jaksch weiter „entlastet“ haben, hinsichtlich Beneš Politik aber beweisen, daß dieser den völligen Transfer der sudetendeutschen Bevölkerung im Jahre 1945 sogar ohne prinzipielles Einverständnis der westlichen Großmächte durchzusetzen vermochte.

Wenzel Jaksch hatte Beneš vertraut. Er hatte gehofft, daß der Präsident den Vertretern der einst größten und bis zuletzt staatsstreuen deutschen Partei, die sich in der Heimat im Dienst der deutsch-tschechischen Verständigung fast aufgezehrt hatte, im Exil endlich jene staatsrechtlichen Konzessionen gewähren werde, die er ihr daheim zum Teil aus Furcht vor der eigenen nationalistischen Opposition, zum Teil aufgrund der antistaatlichen Tätigkeit der Henlein-Partei nicht hatte gewähren wollen. Diese Hoffnung erwies sich als entschuldbarer Trugschluß. Jaksch hat dies selbst erkannt und Beneš in einem seiner letzten Briefe (vom 23. Juni 1942) mitgeteilt. Nachdem ihn die Auslandsregierung informiert hatte, daß sie der sudetendeutschen Bevölkerung niemals das nationale Selbstbestimmungsrecht gewähren würde, schrieb Jaksch an Beneš: „Ich behalte mir vor, von unserem Standpunkt aus die bisher geführten Besprechungen noch zu resümieren . . . So will ich mich nur auf die Mitteilung beschränken, daß in der Sitzung vom 7. Juni die tiefe Enttäuschung unserer Vertrauensmänner über die negative Behandlung aller bisher von unserer Seite erstatteten Vorschläge zum Ausdruck kam. Ich kann nicht verschweigen, daß insbesondere die Propaganda für einen Massentransfer der Sudetenbevölkerung in den Reihen unserer Menschen konsternierend gewirkt hat. Es mag in dem gegenwärtigen Weltgeschehen ein unbedeutendes Detail sein, wenn in den Herzen treuer und aufopferungsvoller Mitkämpfer der Glaube an alle späteren Verständigungsmöglichkeiten zerbricht. Nicht ohne Schmerz sehen wir einen Fonds von moralischen Kapitel vernichtet, welches in langer Zusammenarbeit angesammelt wurde.“

Diese und andere Feststellungen Jakschs in seiner Auseinandersetzung mit Beneš strafen inzwischen anderweitig veröffentlichte Bemerkungen des Exilpräsidenten Lügen, der etwa zur gleichen Zeit, da er Jaksch als politischen Partner abgeschrieben hatte, auf die Frage Jan Masaryks, was er an Jakschs Stelle in England getan hätte, folgendes sagte: „Ich hätte von Anfang an offen erklärt, daß ich ein Tschechoslowake bin . . ., hätte geholfen und vorerst keine Garantien verlangt . . . Und dann wäre ich nach dem Kriege mit Forderungen gekommen. Dann hätte ich mich um Rechte für meine Leute beworben . . . Da hätten sie gesehen, wie ich viel mehr erzielt hätte, als Jaksch mit seiner heutigen Politik erreicht hat.“ Dazu wäre es, wie auch Friedrich Prinz anmerkt, sicherlich nicht gekommen, denn selbst jene Mitglieder der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, die sich von Jaksch abgespalteten und zunächst gemeinsame Sache mit Beneš machten, mußten schließlich erkennen, daß dies nur um den Preis völliger nationaler Entrechtung möglich war.

Der Herausgeber und die Verwalter des Jaksch-Nachlasses haben mit dieser Veröffentlichung für die Erforschung der Geschichte der sozialdemokratischen Exilparteien während des letzten Krieges einen wichtigen und gelungenen Beitrag geleistet.

München

Martin K. Bachstein